



Atomkraft: Vom Profit zum GAU

Die Menschen in Japan haben eine Katastrophe erlebt. Das Beben und vor allem der darauffolgende Tsunami haben massive Schäden angerichtet. Eins der weltweit führenden Wirtschaftsberatungsunternehmen erklärte: "Ein Großteil der Wiederaufbaukosten wird vermutlich von den örtlichen Behörden und schlussendlich von der Regierung bezahlt werden." Und das bedeutet Kürzungen, die die ohnehin miserable Lage der japanischen Lohnabhängigen noch weiter verschlechtern werden. Die größere Katastrophe droht aber noch: Vier Atomkraftwerke meldeten nach dem Beben Störfälle. In einem, Fukushima-1 droht der größte anzunehmende Unfall – eine Kernschmelze, die die atomare Verstrahlung der Region zur Folge hätte. Im wirklich „allerbesten“ Fall hieße das: Die Kernschmelze könnte in den nächsten Wochen irgendwie aufgehalten werden, die Gegend um die Reaktoren wäre kilometerweit für viele Jahrzehnte völlig radioaktiv verseucht, radioaktives Material regnet nicht auf Tokio, sondern kontaminiert „nur“ den Pazifik. Schon jetzt sind Lebensmittel in Japan verstrahlt. Das ist das vielleicht noch erreichbare, es droht schlimmeres.

Profite für Wenige, Risiken für Alle

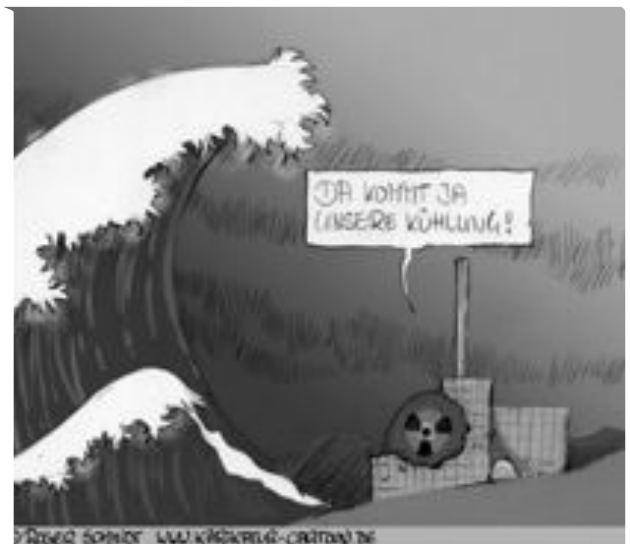
AKW sind im Besitz privater Unternehmen. Und wie alle privaten Unternehmen haben die Energiekonzerne nur einen Existenz-Zweck: Profit. Kapital in Atomenergie zu investieren ist dabei ein

sinnvolles Geschäft: Die abbezahlten AKW bringen in Deutschland etwa 1 Million Euro Gewinn pro Tag. Die Laufzeitverlängerung, die die Energiekonzerne mit der Bundesregierung ausgehandelt haben, bedeutet also nochmal Unmengen an Umsatz. Zugleich wurden bisher staatlicherseits 200 Milliarden Euro für die Atomwirtschaft ausgegeben, mit dem Problem der Lagerung haben die Unternehmen z.B. gar nichts zu tun, denn ihre AKW produzieren den Atommüll nur und geben ihn danach ab. Kurz gesagt: Atomstrom ist höchst profitabel – für die Hersteller. Dabei bedeutet Atomkraft nicht nur hohe Kosten für die Staatskasse und Profite für die Konzerne, sondern eben ein unglaubliches Risiko für uns alle. Betriebswirtschaftlich macht es nämlich Sinn, die Kosten für Bau und Betrieb auch bei AKW so gering wie möglich zu halten. Keine guten Voraussetzungen für wirkliche Sicherheit, die bei Atomenergie sowieso nie völlig gewährleistet werden kann. Die Konzerne sprechen von einem verschwindend geringen „Restrisiko“ (...dass doch ein Super-GAU passiert!) und Probleme werden verschwiegen oder heruntergespielt. Z.B. wurde beim letzten Vorfall im Vattenfall-AKW Krümmel die Atomaufsichtsbehörde durch die Polizei(!) informiert und das wahre Ausmaß des Störfalls zuerst verschwiegen. Korrekte Information ist

auch im Fall von Fukushima-1 nicht gewährleistet. Für die ist der Betreiberkonzern TEPCO auch keinesfalls bekannt. Vertuschung und Lügen über dramatische Vorfälle haben Tradition. Und bis jetzt gab es ja auch noch keinen GAU, stattdessen ist TEPCO weltweit Energiekonzern Nummer sechs, mit einem Umsatz von gut 38 Mrd. Euro – nur knapp hinter RWE. Die Nummer eins ist E.ON.

Besitzverhältnisse

Wir brauchen eine echte und schnellstmögliche Energiewende. Die privaten Profitinteressen stellen ein massives Hindernis für den weltweiten Ausstieg aus der Atomkraft dar. Die Energiekonzerne müssen entschädigungslos enteignet und die gesamte Energieproduktion unter Kontrolle der Lohnabhängigen verstaatlicht werden. Nur dann sind ein effektiver Ausstieg aus der Atomkraft und die Einführung einer demokratisch geplanten Energieversorgung möglich..



Solidarität mit den LokführerInnen!

Seit diesem Montag streiken die LokführerInnen wieder, diesmal hauptsächlich bei den privaten Bahnfirmen wie Interconnex, ODEG und anderen. Diese profitieren bisher davon, dass sie ihren Mitarbeitern noch geringere Löhne zahlen können, als die Deutschen Bahn. Es geht also darum, für die gleiche Arbeit auch endlich gleiche (und höhere) Löhne zu bekommen. Um das gegen die Profitinteressen der Unternehmen durchzusetzen, ist ein konsequenter Streik notwendig. Wenn also demnächst auch die S-Bahn wieder betroffen sein sollte, sollten auch wir uns solidarisch zeigen und nicht auf die Hetze von BILD, BZ und Spiegel einsteigen. Denn wenn die LokführerInnen erfolgreich ihr Ziel erreichen, wäre das ein gutes und kämpferisches Signal für alle ArbeiterInnen in Deutschland. Gegen diese bürokratische Mangelverwaltung gingen am 27. Januar

300 Schüler_innen und LehrerInnen gemeinsam auf die Straße. Vor der Universität der Künste forderten sie die Neueinstellung von ausreichend Personal für alle Oberstufenzentren. Um weitere Proteste zu organisieren, wurden außerdem einzelne Schulkomitees gegründet.

Luftangriffe auf Libyen

Seit mehr als einer Woche bombardieren französische, britische und amerikanische Kampfflugzeuge libysches Gebiet. Sie geben vor, dies zum Schutz von ZivilistInnen und im Interesse der libyschen Bevölkerung zu tun. Gleichzeitig unterstützt dieselbe westliche Allianz weiterhin das Regime im Jemen und die Monarchie in Bahrain, die beide auf unbewaffnete DemonstrantInnen schießen lassen und so ein Blutbad unter ihrer eigenen Bevölkerung anrichten.

Dies macht überdeutlich, dass Obama, Sarkozy & Co. nur heucheln, wenn sie von „Demokratie und Freiheit“ und vom „Schutz der Men-

schenrechte“ reden – ebenso wie Merkel, auch wenn Deutschland sich aus (wahl-)taktischen Gründen nicht am Einsatz beteiligt. Das eigentliche Ziel der Angriffe auf Libyen ist, die Situation im Interesse der USA und Europas zu beeinflussen. Es soll verhindert werden, dass der bewaffnete Aufstand zu einer Revolution wird, an deren Ende die westlichen Konzerne aus dem Land gejagt werden. An der Spitze der Aufständischen sitzen jedoch ehemalige Gefolgsleute Gaddafis, die den ausländischen Ölkonzernen weiterhin ihre riesigen Profite garantieren werden. Ihnen gilt die Unterstützung der westlichen Militärmaschinerie – nicht den aufständischen Massen, die für ihre Freiheit kämpfen. Diese werden ihre Ziele nur erreichen können, wenn sie selbst die politische Führung übernehmen und das autoritäre System und den Einfluss der westlichen Staaten ein für alle Mal beseitigen.



Frauenbefreiung und Revolution

Anfang April lädt RIO zu offenen Diskussionsveranstaltungen über die kämpfenden Frauen der arabischen Welt ein.

Wo? und Wann?

Berlin: 5. April, 18.30 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Prag: 9. April, 17 Uhr, Horák v sál, Lidový d m, Hybernská 7a

Dies ist auch Dein Flugblatt! Es soll auch Dir möglich machen, Dich besser mit den anderen OSZlerInnen auszutauschen. Du kennst die chaotischen Zustände und die Missstände am OSZ - teile sie den anderen mit! Diese Probleme sollten von allen SchülerInnen diskutiert werden. Nur wenn wir uns organisieren, können wir die Probleme auch ernsthaft anpacken. Das können wir nicht irgendwel-

chen Leuten in irgendwelchen Positionen überlassen, sondern müssen uns selbst darum kümmern. AktivistInnen und FreundInnen von RIO (der Revolutionären Internationalistischen Organisation) starten deshalb dieses regelmäßige Flugblatt. Wir denken, dass die Marktwirtschaft (der Kapitalismus) die Umwelt zerstört, Rassismus und Nationalismus stärkt und unsereins zu SklavInnen von Unternehmen

macht, die uns zu möglichst niedrigen Löhnen möglichst lange schufteten lassen. Nicht die Bedürfnisse von Allen, sondern Cash für die Unternehmen ist das Gebot, nach dem hier alles funktioniert. Dagegen hilft es nur, sich zu organisieren. Die chaOSZeitung soll einen Beitrag dazu leisten - hilf mit!

sprich uns an oder schreib an info@revolution.de.com